See the notice on TED website

Deutschland-Edenkoben: Dienstleistungen im Elektrobereich
OJ S 196/2023 11/10/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Verbandsgemeinde Edenkoben
Postanschrift: Poststraße 23
Ort: Edenkoben
NUTS-Code: DEB3H Südliche Weinstraße
Postleitzahl: 67480
Land: Deutschland
E-Mail: Vergabestelle@vg-edenkoben.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.vg-edenkoben.de

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: https://www.dtvp.de/Satellite/notice/CXP4YK7619B/documents
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: https://www.dtvp.de/Satellite/notice/CXP4YK7619B
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:
Offizielle Bezeichnung: Webeler Rechtsanwälte
Postanschrift: Löhrstraße 99
Ort: Koblenz
NUTS-Code: DEB11 Koblenz, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 56068
Land: Deutschland
E-Mail: t.frank@webeler-rechtsanwaelte.de
Telefon: +49 261/988662-0
Fax: +49 261/988662-20
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.webeler-rechtsanwaelte.de

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Erweiterung und Sanierung Grundschule Edesheim, Los 3 - Fachplanungsleistungen der Technischen Ausrüstung Elektro
Referenznummer der Bekanntmachung: 296/22

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71314100 Dienstleistungen im Elektrobereich

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Die Grundschule Edesheim ist eine Einrichtung für neun Klassen. Sie soll um einen Mensa-Anbau erweitert und geringfügig saniert werden. Auftragsgegenstand sind die hierfür erforderlichen Planungsleistungen.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.: 337 594,55 EUR

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros, 71318100 Dienstleistungen für Lichttechnik und Tageslichttechnik, 71520000 Bauaufsicht, 71521000 Baustellenüberwachung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEB3H Südliche Weinstraße
Hauptort der Ausführung: Edesheim

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Die Grundschule Edesheim ist eine Einrichtung für neun Klassen. Sie soll um einen Mensa-Anbau erweitert und geringfügig saniert werden.
Die Ausschreibung erfolgt losweise:
Im Los 3 mit dieser Ausschreibung die Fachplanungsleistungen der Technischen Ausrüstung Elektro in den Anlagengruppen 4, 5und 6,
mit gesonderter Bekanntmachung:
Los 1 - Planungsleistungen der Gebäude- und Freianlagenplanung,
Los 2 - Fachplanungsleistungen Technische Ausrüstung HLS,
Los 4 - Tragwerksplanungsleistungen.
Bezüglich der Leistungsbeschreibung orientiert sich die Auftraggeberin an der Beschreibung der Leistungsphasen in den § 55 nebst Anlage 15 der HOAI 2022. Höchst- und Mindestsätze werden nicht in Bezug genommen. Näheres regelt der Vertrag, der im Entwurf Bestandteil der Vergabeunterlagen ist.
Die Auftraggeberin hat eine Vorstudie erstellen lassen. Sie umfasst hinsichtlich der Gebäudeplanungsleistungen die Leistungsphasen 1-3 und soll grundsätzlich umgesetzt werden. Die Vorstudie und alle zugehörigen Dokumente und Berechnungen sind Bestandteil der Vergabeunterlagen.
Die Leistungen der Technischen Ausrüstung werden ausgeschrieben ab der Leistungsphase 1 - Grundlagenermittlung.

Die Bestandsgebäude sind in Massivbauweise erstellt und mit Ziegeldächern eingedeckt. Maßnahmen der TGA Elektro wurden bereits größtenteils umgesetzt, vgl. Dokument "Erläuterung".
Der Erweiterungsbau umfass eine BGF von 543,35 m² und soll an der Ostseite des Bestands als zweigeschossiger, nicht unterkellerter Massivbau mit nördlich abgewalmtem Satteldach vorgesehen werden.
Er umfasst im Erdgeschoss einen Speiseraum (38 Sitzplätze) mit Essensausgabe, daran angegliedert die Küchenräume (Küche / Spülküche, Vorrat, Müllraum). Es können bis zu 74 Essen in zwei Schichten für das Mittagessen bereitet werden. Das Essen wird hierbei entweder als TK-Ware oder in Wärmebehältern angeliefert.
Zudem werden die notwendigen Sanitärräume für Jungen, Mädchen, Menschen mit Handicap und Personal (mit Umkleide) vorgesehen. Auch ein kleines Büro und Abstellräume werden untergebracht. Das Gebäude soll energieeffizient ausgestaltet werden, möglichst i.S. einer KfW-Förderungsmöglichkeit. Das gesamte Gebäude wird mit Fußbodenheizung versehen. Als Heiztechnik wird eine außen aufgestellte Luft-Wasser-Wärmepumpe installiert. Die Warmwasserbereitung erfolgt über Durchlauferhitzer. Die Küche wird als Aufbereitungsküche ausgeführt, welche dazu dient Speisen von einem externen Dienstleister zuzubereiten. Ein - an der Anzahl der Essen angepasster - Fettabscheider wird im Außenbereich eingebaut. Es ist vorgesehen, eine rohrgeführte Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung im kompletten Anbau zu installieren. Die Beleuchtung wird komplett in LED-Technik realisiert. Rauchmelder (funk- oder kabelvernetzt) werden eingebaut und an den Bestand angeschlossen, die Fluchtwegbeschilderung entsprechend ergänzt. Optional wird eine PV-Anlage auf dem Anbaudach installiert. Diese wird von der energetischen Bilanzierung des Gebäudes, in Hinblick auf die Konzeption als KFW-Effizienzgebäude abhängig gemacht. Eventuell wird noch zusätzlich ein Batteriespeicher mit Switch installiert.
Die Baukosten werden geschätzt wie folgt (alle Angaben netto):
Bestand Kellergeschoss
AG 4 - 9.950,00 EUR
AG 5 - 1.200,00 EUR
Bestand Erdgeschoss
AG 4 - 1.730,00 EUR
Bestand Obergeschoss
AG 4 - 7.240,00 EUR
Erweiterungsbau EG/OG
AG 4 - 126.925,00 EUR
AG 5 - 22.500,00 EUR
AG 6 - 42.000,00 EUR
Gesamt
AG 4 - 145.845,00 EUR
AG 5 - 23.700,00 EUR
AG 6 - 42.000,00 EUR
Weitere Details können der Vorstudie, insbesondere dem Dokument Kostenberechnung, entnommen werden.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien
Qualitätskriterium - Name: Intensität der Bauüberwachung und -betreuung / Gewichtung: 40
Qualitätskriterium - Name: Kosten- und Terminsicherung im Rahmen der Planung und während der Bauphase / Gewichtung: 20
Preis - Gewichtung: 40

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/02/2024 Ende: 31/12/2029
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3Höchstzahl: 5Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:
1. Erfahrung des Bewerbers mit der Erbringung von Planungs- und Bauüberwachungsleistungen für Baumaßnahme, die die Mindestanforderungen an Referenzen gemäß Ziffer III.1.3) der Bekanntmachung erfüllen (50%);
2. Berufserfahrung der zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen in Jahren (Projektleitung und stellvertretende Projektleitung) (25%);
3. Gesammelte Berufserfahrung der zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen anhand der eingereichten Referenzen, die die Mindestanforderungen nach Ziffer III.1.3) erfüllen (25%).
Es ist möglich, ein Mehr an Eignung durch weitere Referenzen nachzuweisen.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja
Beschreibung der Optionen:
Die Beauftragung erfolgt stufenweise: in einer ersten Leistungsstufe sind alle erforderlichen Planungsleistungen von Leistungsphase 1 bis einschließlich der Leistungsphase 4, so weit eine Genehmigungsplanung erforderlich ist, zu erbringen. Die zweite Leistungsstufe umfasst die Leistungsphasen 5 - 9 nach HOAI. Auf die Beauftragung der zweiten Leistungsstufe besteht kein Rechtsanspruch.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:
1. Erklärung des Bewerbers, dass durch die Person oder das Verhalten des Bewerbers oder dem Bewerber zuzurechnender Personen keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB und § 19 MiLoG begründet sind.
2. Erklärung des Bewerbers, dass er seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nachgekommen ist.
3. Gehört der Bewerber einer Gruppe von Unternehmen an, hat er mit seinem Teilnahmeantrag zu erklären, inwieweit er mit den weiteren Unternehmen verknüpft ist.

4. Erklärung des Bewerbers, dass er nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 (Sanktionen VO) genannten Unternehmen oder Personen mit Russlandbezug gehört. Gehört der Bewerber einer Gruppe von Unternehmen an, hat er mit seinem Teilnahmeantrag zu erklären, dass dies auch nicht auf die verbundenen Unternehmen zutrifft.
5. Ist der Bewerber eine juristische Person, hat er mit seinem Teilnahmeantrag einen Handelsregisterauszug oder einen den Rechtsvorschriften seines Heimatstaates entsprechenden Nachweis vorzulegen.
6. Die vorgenannten Auskünfte sind mit dem Teilnahmeantrag zu erklären. Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte gemäß vorstehenden Ziffern 1 bis 5 für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären. Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung Dritter bedienen, sind die Auskünfte auf Verlangen auch von Dritten abzugeben.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:
1. Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers und seines Umsatzes für Planungsleistungen, die mit den ausgeschriebenen Planungsleistungen vergleichbar sind, in den letzten 3 Geschäftsjahren (§ 122 Abs. 2 Nr. 2 GWB).
2. Erklärung, ob und hinsichtlich welcher Leistungen sich der Bewerber der Kapazitäten anderer Unternehmer bedient und ihm die dann erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen
3. Angaben des Teils des Auftrages, den der Bewerber unter Umständen an Dritte vergeben will.
4. Die vorgenannten Auskünfte sind mit dem Teilnahmeantrag zu erklären. Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären. Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung Dritter bedienen, sind die Auskünfte auf Verlangen der Vergabestelle auch von Dritten abzugeben.
Möglicherweise geforderte Mindeststandards:
Der Bewerber muss über eine Berufshaftpflichtversicherung verfügen, deren Deckungssumme für Personenschäden mindestens 3 Millionen EUR und zusätzlich für sonstige Sach- und Vermögensschäden mindestens 1 Million EUR beträgt. Dies ist durch eine Bescheinigung der Versicherung nachzuweisen. Ausreichend ist eine Bescheinigung, dass die Versicherungssumme im Auftragsfall zur Verfügung steht. Die geforderten Nachweise sind in Textform einzureichen.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:
1. Tabellarische Liste, in der die zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen namentlich und unter Angabe der jeweiligen Befähigung zur Berufsausübung, die auf Verlangen durch Vorlage von Berufszulassungsurkunden bzw. Studiennachweisen oder sonstigen vergleichbaren Belegen nachzuweisen ist, und unter Angabe der Berufserfahrung in Jahren genannt werden (§ 122 Abs. 2 Nr. 1 GWB).
2. Erläuterung zur Anzahl der Beschäftigten und deren Ausbildung innerhalb der letzten 3 Jahre (Führungspersonal, Ingenieure, Techniker etc.) (§ 122 Abs. 2 Nr. 3 GWB).
3. Erläuterung der technischen Büroausstattung des Bewerbers mit Nennung und detaillierter Beschreibung der mindestens verwendeten Software für den Datenaustausch und die Datensicherung.
4. Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung Dritter bedienen, sind die vorgenannten Auskünfte auf Verlangen der Vergabestelle auch von Dritten abzugeben.
5. Die geforderten Auskünfte sind in Textform einzureichen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:
I. Mindestanforderung an die Bürogröße
Die Projektleitung muss die Voraussetzung nach Ziffer III.2.1 (Ingenieur; s.u.) erfüllen.
II. Mindestanforderung an die Erfahrung des Bewerbers:
Der Bewerber hat seine besondere Erfahrung mit vergleichbaren Maßnahmen durch mindestens 2 geeignete Referenzen nachzuweisen. Vergleichbar und damit geeignet sind Referenzen, die folgende Mindestanforderungen an die Vergleichbarkeit erfüllen:
Mindestanforderungen an die Referenzen: Zu den Referenzen müssen bei vergleichbaren Vorhaben mindestens die Planungsleistungen der Leistungsphasen 1-3 und 5-8 nach § 55 HOAI erbracht worden sein, und zwar vollständig oder zum überwiegenden Teil. Der Abschluss der Leistungsphase 8 darf jeweils nicht vor dem 01.01.2013 erfolgt sein. Die Referenzobjekte müssen eine Bausumme von mindestens 150.000 EUR für die TGA Elektro beinhalten.
Hinsichtlich aller Referenzen ist darzustellen, inwieweit die im Rahmen der Referenzobjekte erbrachten Leistungen von den zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen erbracht worden sind.
Zu allen Referenzen hat der Bewerber den Namen, die Anschrift und die Kontaktdaten des Referenzgebers mitzuteilen.
Für die Referenzangaben kann die vorbereitete Liste (siehe Referenzbogen) genutzt werden.
Sollten mehr als fünf geeignete Bewerbungen eingehen, ist eine Auswahl der am besten geeigneten Bewerber erforderlich. Für die Auswahl im Sinne der Ziffer II.2.9) der Bekanntmachung dürfen auch weitere Referenzen eingereicht werden.
Maßgeblich bleibt der Inhalt der Bekanntmachung. Die angeforderten Auskünfte sind in Textform einzureichen.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehaltenVerweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:
Zugelassen ist, wer berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Ingenieur zu führen oder nach den EU-Richtlinien berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Ingenieur tätig zu werden. Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen entsprechenden Ingenieur benennen.

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 07/11/2023 Ortszeit: 10:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

1. Die Teilnahmeanträge sind mit den geforderten Erklärungen und Nachweisen innerhalb der Teilnahmefrist elektronisch - nur - unter www.dtvp.de einzureichen. Hierzu kann das veröffentlichte vorbereitete Teilnahmeformular genutzt werden. Hinsichtlich der Eigenerklärungen kann der Nachweis vorläufig durch eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung geführt werden. Maßgeblich bleibt jedoch der Inhalt der Bekanntmachung.
2. Das Vergabeverfahren wird elektronisch über die Vergabeplattform geführt. Das bieterindividuelle Postfach auf der Vergabeplattform fungiert als "elektronischer Briefkasten" der Bieter und ist für den Zugang von Erklärungen, Nachforderungen pp. im Vergabeverfahren maßgeblich.
3. Der Versand der Einladungen zum Verhandlungsgespräch, der Informationsschreiben gemäß § 134 GWB und sonstiger Schriftverkehr, wie Nachforderungen, erfolgt ebenso über das Bieterpostfach der Vergabeplattform.
Bekanntmachungs-ID: CXP4YK7619B

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Postanschrift: Stiftstraße 9
Ort: Mainz
Postleitzahl: 55116
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer.rlp@mwvlw.rlp.de
Telefon: +49 6131/165240
Fax: +49 6131/162113

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Von Bewerbern/Bietern erkannte Verstöße der vergebenden Stelle gegen das geltende Vergaberecht hat der Bieter gegenüber dem Auftraggeber innerhalb von 10 Kalendertagen schriftlich zu rügen. Erklärt der Auftraggeber, dass er der Rüge nicht abhelfen will, hat der Bieter binnen einer Frist von 15 Tagen nach Eingang der Mitteilung bei der unter VI. 4.1) genannten Stelle schriftlich einen Nachprüfungsantrag zu stellen.

VI.5.

Tag der Absendung dieser Bekanntmachung
06/10/2023